

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Beilagen: „Silber der Woche“, „Spottvogel“, etc. durch die Post Nr. 240 ohne Bestellgeld, durch Boten Nr. 2 — frei Haus monatlich. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnumm. 10 Pfg. Sonnabends 20 Pfg. Geschäftsstelle: Dalkertstr. 4 (Gampelstr.) und Gottbarstr. 38. — Im Falle eines Verzugs Gemalt (Streckt nfm.) behält kein Anspruch auf Rückerstattung.
Nr. 101

Anzeigenpreis: für den 8 gespaltenen Millimeteraum 7 Pfg. im Restame (Gespaltenen) 28 Pfg. für 6 Spalten und Nachweisungen 21 Pfg. Aufschlag. Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenchluss 10 Uhr vormittags. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postbezugspreis Leipzig 16654. Fernsprecher 100/101.
Freitag, den 1. Mai 1925 165. Jahrgang.

Schweres Eisenbahnunglück im polnischen Korridor. Ein verheerender Anschlag. — 40 Tote und ebensoviele Schwerverletzte.

Schneidemühl, 1. Mai. Heute früh ist der Schnellzug 24 (Schlesien) — Berlin im polnischen Korridor zwischen den Stationen Szwodzin und Pruckisch Stargard auf freier Strecke entgleist. Mit Ausnahme des Lokomotivwagens und eines Wagens 1. Klasse führten sämtliche Wagen mit der Lokomotive den siesimil heißen Kohlen hinunter. An der Entgleisungsstelle macht der Wagnkörper eine außerordentlich scharfe Kurve. Nach Angabe der Reisenden beträgt die Zahl der Toten 30 bis 40. Die Zahl der Verwundeten wird verlässlich ebenfalls auf ungefähr 40 geschätzt. — Der Zug wird durch den Korridor von polnischen Beamten geführt. Mit Welen sind sämtliche Verbindungen zur Zeit unterbrochen, da die Leitungen durchgerissen sind.

Danzig, 1. Mai. Zu dem Unglück erzählt die „Z.-U.“ von einem Verkehrsanfall, der kurz nach dem Unglück auf dem Anglusstrecke eintrat, folgende Einzelheiten: Bis fast fünf 34 Tote in Preußisch-Stargard eingeschleift worden. Nach 34 Tagen wurden 30 Schwerverletzte abtransportiert. Eine weitere Anzahl von Schwerverletzten befindet sich in Stargard. Die größte Zahl der Leichtverletzten ist nach Deutschland abtransportiert worden. Unter den Toten und Verletzten befinden sich hauptsächlich Frauen. Auch zwei Kinder sind dem Unglück zum Opfer gefallen. Jünger und Jünger sind unterteilt, da sie kurz vor dem Entgleisen abgingen konnten. Fast sämtliche Tote befinden sich in einem Wagen 3. Klasse, in den sich der erste Wagen hineingekippt haben. Die Tote sind, außer einem polnischen Zollbeamten, deutscher Nationalität. Allem Anschein nach liegt ein Verbrechen vor, da eine Schiene verlegt war.

Berlin, 1. Mai. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit, daß nach Meldungen der polnischen Staatsbahndirektion das Unglück auf einen verheerenden Anschlag zurückzuführen sei. Nach einer amtlichen Mitteilung beträgt die Zahl der Toten 25, die der Schwerverletzten 12 und die der Leichtverletzten 6.

Die Eisenbahndirektion Königsberg teilt mit, daß zur Feststellung der Veranlassung der Verunglückten sofort mit der Eisenbahndirektion Danzig Verbindung aufgenommen und ein Vertreter nach Danzig geschickt worden sei.

Bericht eines Augenzeugen.
Ein mitfahrender Reisender, ein Oberingenieur aus Danzig, gibt folgenden Bericht über das Eisenbahnunglück: „Ich lag in einem Abteil dritter Klasse. Kurz vor dem Entgleisungssignal vor Preußisch-Stargard, wo sich eine Böschung von 6 Meter Höhe befindet, wurde ich plötzlich einen kräftigen Stoß. Ich war in dem Glauben, daß die Lokomotive des D-Zuges auf einen Güterzug aufgefahren sei. Der Wagen, in dem ich mich befand und der mit Personen voll besetzt war, geriet ins Schwanken und

führte die 6 Meter hohe Böschung herab. Die übrigen Wagen fielen hinter mich durcheinander in einer Richtung von Ost nach West. In mehreren zerstückelten Wagen waren verschiedene Personen eingeschlossen, die mittels Stahlseile aus ihrer Lage befreit werden mußten. Im ersten Augenblick des furchtbaren Anfalls waren uns allen die Sinne geschwunden. Nachdem ich das Bewußtsein wiedererlangt hatte,

Aufwertungsgesetz
Ist das von allen Folgen der Inflation den Einzelnen am tiefsten berührende Problem in einer Weise gelöst worden, die insofern es die Verhältnisse gelassen, den Bodenvermögen der Mittels- und unteren Klassen, den sozialen Gedanken gerecht zu werden sucht.

Kein Gesetz und keine Regierung ist insofern, die Lagen fortzunehmen, die der Versailles Vertrag und die verhängnisvolle Inflationzeit dem Staat und jedem Einzelnen auferlegt haben.

Weder das jetzt vorliegende Gesetzgebungswerk kann und soll eine Grundlage sein, auf der sich in der Welt und Schicksalsgemeinschaft, die das ganze deutsche Volk, Staat und Wirtschaft umschließt, Aufbau, Gesundung und Ent-

wickelung ermöglichen kann. Ich bitte Sie, das Gesetzgebungswerk als ein einheitliches großes Ganzes zu betrachten und zu würdigen. Die Steuererleichterungen der Finanzgesetzgebung, das Wertungsgesetz und die Haushaltsentwürfe stehen in einem unlöslichen inneren Zusammenhang. Ein übertriebener Optimismus schließt zu Unrecht von der augenblicklichen Kapitallage des Reiches auf seine dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Vertrag für 1924
Ist ein Einnahmen aus Zöllen und Steuern 5244 Millionen Mark, nach Abzug der Ueberweisung an Länder und Gemeinden 3382 Millionen Mark vor. Tatsächlich sind vom April 1924 bis März 1925, einschließlich der veranschlagten Steuern und Zolleinnahmen für den März 1925, 3312 Millionen Mark, nach Abzug der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden 4567 Millionen Mark an Zöllen und Steuern aufkommen, so daß sich gegenüber dem Haushaltsentwurf ein Mehr von 1185 Millionen Mark für das Reich allein ergibt. Mit Einschluß der sonstigen außerordentlichen Einnahmen stellt sich der Gesamtüberschuss des Reiches auf 1922 Millionen Mark. Da es bei der Aufstellung des Etats für 1924 nicht gelungen war, für den außerordentlichen Etat volle Deckung zu finden, war die Haushaltsentwurf gebietet, die Deckung der außerordentlichen Ausgaben aus Ueberflüssen des ordentlichen Etats herauszuwirtschaften. Zunächst war aus dem Ueberflusse der ungedeckte Fehlbetrag von 348 Millionen im Haushaltsentwurf für 1924 zu decken. Es bleibt demnach ein Reinerüberschuss von 1574 Millionen Mark.

Die Reichsfinanzverwaltung hat geglaubt, diesen Ueberflusseis teil zur Abdeckung dringender Schuldbeiträge zu verwenden, teils zur Durchführung für noch bevorstehende einmalige nicht vermeidbare Ausgaben verwenden zu sollen.

Der Vertrag für 1925
Ist ein Einnahmen aus Zöllen und Steuern 5244 Millionen Mark, nach Abzug der Ueberweisung an Länder und Gemeinden 3382 Millionen Mark vor. Tatsächlich sind vom April 1924 bis März 1925, einschließlich der veranschlagten Steuern und Zolleinnahmen für den März 1925, 3312 Millionen Mark, nach Abzug der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden 4567 Millionen Mark an Zöllen und Steuern aufkommen, so daß sich gegenüber dem Haushaltsentwurf ein Mehr von 1185 Millionen Mark für das Reich allein ergibt. Mit Einschluß der sonstigen außerordentlichen Einnahmen stellt sich der Gesamtüberschuss des Reiches auf 1922 Millionen Mark. Da es bei der Aufstellung des Etats für 1924 nicht gelungen war, für den außerordentlichen Etat volle Deckung zu finden, war die Haushaltsentwurf gebietet, die Deckung der außerordentlichen Ausgaben aus Ueberflüssen des ordentlichen Etats herauszuwirtschaften. Zunächst war aus dem Ueberflusse der ungedeckte Fehlbetrag von 348 Millionen im Haushaltsentwurf für 1924 zu decken. Es bleibt demnach ein Reinerüberschuss von 1574 Millionen Mark.

Die Reichsfinanzverwaltung hat geglaubt, diesen Ueberflusseis teil zur Abdeckung dringender Schuldbeiträge zu verwenden, teils zur Durchführung für noch bevorstehende einmalige nicht vermeidbare Ausgaben verwenden zu sollen.

Hindenburg und die Oppositionsparteien.

Die Stürme des Wahlkampfes sind nun glücklicherweise über die Massen ruhend und der unterlegene Kandidat Dr. Marx hat Gelegenheit genommen, vor dem Sieger grüßend den Degen zu senken. Ob aber dieser Friede lange dauern wird, ist ja bei der wie Aprilmetze umschwebenden Stimmung der Parteien nicht vorauszusagen. Herr Dr. Marx hat in seinem Schreiben an Hindenburg zwar die Verliererung abgelehnt, daß er und mit ihm der Volksblock zur Entlassung der verfassungsmäßigen Mehrheit des Reiches fehe. Wir vermischen aber leider in seinem Begrüßungswort das Verneinung zur Mitarbeit innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft und zwar zu einer vorbehaltenen Opferbereitschaft, wie sie das Vaterland von jedem Bürger erfordert. Es mag sein, daß Herr Dr. Marx im Annehmen diese Verpflichtung anerkennt, aber bei seinem Weitergehen nach dieser vorläufigeren Maßnahme für angründet hielt, die er gegenüber der rot und rotgefärbten Zeitgemeinschaft seiner Wähler zu üben sich verpflichtet hielt. Und daß es ihm vor allem darauf ankommt, für die Massen, die im Wahlkampf hinter ihm marigiert sind, eine Gemeinschaftsparole auch weiterhin auszugeben, geht mit aller Deutlichkeit aus der gleichzeitig mit dem Schreiben an Hindenburg veröffentlichten Dankesuntergebung an die Parteien und Wähler des Volksblocks hervor.

Eigentümlich berührt der Inhalt dieses, von der Regierung abgedruckten Schreiben an Hindenburg in seiner ganzen Haltung völlig abweichenden Aufrufes. Wenn Herr Dr. Marx nur seinem Dank und der Mahnung Ausdruck geben wollte, in dem verfassungsmäßig gewählten Reichspräsidenten den Repräsentanten des deutschen Volkes und der deutschen Republik zu achten, so hätte er es nicht nötig, seine Beziehungen mit der Verliererung einzuleiten, daß sich nur insofern der Staats- und arbeiterfeindlichen Haltung der Kommunisten und durch den Umstand, daß sich nicht wenige der Wähler Hindenburgs aus unpolitischen Stimmungen für ihn entschieden hätten, die verfassungsmäßige Mehrheit für Hindenburg ergeben hätte. In echt demokratischer Ueberheblichkeit wird die Behauptung aufgestellt, daß die Wähler des Herrn Marx die Auszeichnung für sich in Anspruch nehmen dürfen, „von klarer politischer Einsicht und Erkenntnis aus ihre Wahl getroffen zu haben“. Anscheinend sind diese Bedenken der Reichstammer des Herrn Reichspräsidenten des Volksblocks entnommen worden, der aus dem Belieben heraus, die Günst der Massen für das einigende Programm der Republikaner zu erhalten, diese Verliererung als Pflichten für die Wunden zu verwenden bemüht war.

Man ist auch weiterhin auf Seiten der Oppositionen bemüht, die schwarz-rot-goldene Hochstimmung, die ja während der Wahlzeit in mangelhafter Neuktionen teils harmlos, teils brutaler Natur hervorbrachte, für die Unsprachwanda geeignet zu verwerten. Herr Dr. Marx hat den guten Gehmaß gehabt, derartigen vom Reichspräsidenten bereits angeführten Demonstrationen aus dem Wege zu gehen und den in dieser Hinsicht ihm vorgeschobenen Wünschen eine glatte Absage zu erteilen. Nun glauben wir aber, daß die nächste Zeit nicht gerade geeignet sein wird, dem Volksblock größere Festigkeit zu geben. Die widerstreitenden Tendenzen, die hier zwar nach außen auf der sogenannten republikanischen Basis des Gemeinheitskandidaten vereinigt wurden, sind an sich so stark entwickelt, daß die Freundlichkeit eben bei der ersten Gelegenheit und beim geringsten Anlaß in die Brüche gehen muß. Die reichlich für die Propaganda ausgenutzte Sprache, durch die Wahl Hindenburgs werde die Republik gefährdet, dürfte ihre Werbefraße bereits eingebüßt haben.

Haushaltentwurf für 1925
Ist ein Einnahmen aus Zöllen und Steuern 5244 Millionen Mark, nach Abzug der Ueberweisung an Länder und Gemeinden 3382 Millionen Mark vor. Tatsächlich sind vom April 1924 bis März 1925, einschließlich der veranschlagten Steuern und Zolleinnahmen für den März 1925, 3312 Millionen Mark, nach Abzug der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden 4567 Millionen Mark an Zöllen und Steuern aufkommen, so daß sich gegenüber dem Haushaltsentwurf ein Mehr von 1185 Millionen Mark für das Reich allein ergibt. Mit Einschluß der sonstigen außerordentlichen Einnahmen stellt sich der Gesamtüberschuss des Reiches auf 1922 Millionen Mark. Da es bei der Aufstellung des Etats für 1924 nicht gelungen war, für den außerordentlichen Etat volle Deckung zu finden, war die Haushaltsentwurf gebietet, die Deckung der außerordentlichen Ausgaben aus Ueberflüssen des ordentlichen Etats herauszuwirtschaften. Zunächst war aus dem Ueberflusse der ungedeckte Fehlbetrag von 348 Millionen im Haushaltsentwurf für 1924 zu decken. Es bleibt demnach ein Reinerüberschuss von 1574 Millionen Mark.

Die Reichsfinanzverwaltung hat geglaubt, diesen Ueberflusseis teil zur Abdeckung dringender Schuldbeiträge zu verwenden, teils zur Durchführung für noch bevorstehende einmalige nicht vermeidbare Ausgaben verwenden zu sollen.

Es schon für 1926 durch Unterbringung laienrechtlicher Anleihen Mittel weniger zur Deckung außerordentlicher Ausgaben beschafft werden können, ist sehr fraglich. Deshalb müssen sich Reichsregierung und Gesetzgebung in der Vorbereitung neuer dauernder finanzieller Verpflichtungen große Beschränkungen auferlegen.

Die Reichsregierung konnte gar nicht umhin, eine Erhöhung der Zinsen und Zinssteuer vorzuschlagen. Sie wird auf das Jahr 1926 mit 338 Millionen Mark zu tragen, da sie aber frühestens am 1. Juli 1925 in Kraft tritt, wird sie 1925 nur 130 Millionen Mark erbringen.

Das neue Steuererhebungswort
einschließlich des Finanzausgleichs ist durch die bisherige Behandlung in der Öffentlichkeit in seinen Grundrissen bekannt. Ich muß aber mit besonderem Nachdruck auf die große wirtschaftliche, rechtliche und technische Bedeutung der Vorlage hinweisen.

Wir müssen uns darauf besinnen, daß allein die Lösung der Produktion in Deutschland uns in Stand setzt, die gewöhnlichen Steuern zu tragen, die uns die Reparationsverpflichtungen auferlegen.

Heberall, wo es die für den Haushalt notwendige Höhe des Steuerausfalls nicht irgendwie gestattet, versuchen daher die neuen Steuererlöse, der Wirtschaft die Ausrüstung einer freien Entwicklung zu sichern. So verfolgt die Milderung der Steuerlast im Gegensatz zu den Steuererlösen, die nach dem Zusammenbruch Gesetz geworden sind, das Ziel, die Produktion der Wirtschaft zu heben, und den Kampf der Steuerlast gegen die bei überpannten Zinsen immer mehr sinkende Steuerermäßigung auszuweichen zu gestalten. In einem geordneten, für die Dauer bestimmten Steuerrecht muß der Gedanke im Vordergrund stehen, daß die Steuerpflicht bis ins Einzelne rechtlich nachprüfbar und durch die Steuerpflichtigen, soweit möglich, Ermäßigungen zu ergänzenden Verordnungen vermieden werden. Im Zusammenhang mit diesen Grundrissen steht es auch, wenn die Steuererlöse an der Einheitlichkeit der Steuerverwaltung festhalten.

Wir halten daher an der reichsweiten Finanzverwaltung fest.

Von manchen Seiten ist den Steuererlösen der Vorwurf gemacht worden, daß sie sozialen Anforderungen nicht genügend Rechnung tragen. Hierbei wird in weitem Umfang unsere wirtschaftliche und soziale Lage außer Acht gelassen. Beratungen im Steueransatz haben ja im einzelnen die zahlenmäßige Unterlage zur Beurteilung der Frage ergeben, wie weit den Wünschen der breiten Masse Rechnung getragen werden konnte.

Der Minister bepricht dann

Das Steuerüberleitungsgezet.
Eine nachträgliche Veranlagung für 1924 soll nicht stattfinden. Nach dem Gezet soll, wie der Minister weiter ausführte, die Einkommen- und Körperschaftsteuer bereits in der Zeit nach dem 1. Juli für eine wichtige Gruppe von Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen vorangetragen werden. Bis dahin müssen also die Gezetserhebungen sein. Auch die Durchführung des Wertungsgezetes erfordert eine sehr große umfangreiche Arbeit. Auch hier ist daher schnelle Arbeit unbedingt geboten. Das Gezet über die Erhöhung der Tabak- und Biersteuer ist dringend notwendig. Besonders schwierig werden allerdings die Beratungen durch die Beratung mit dem

Finanzausgleich
werden. Bis hin durchaus von der Notwendigkeit durchzuführen, den Ländern in dem Maße, wie die Wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben zu sichern. Andererseits muß aber auf die unabwiesbaren Bedürfnisse des Reiches entscheidendes Gewicht gelegt werden. Aus diesem Grunde habe ich mich nicht entschließen können, die Einkommen- und Körperschaftsteuer den Ländern im bisherigen Umfang zuzugewähren. Die Einkommensteuer wird den Ländern aber darin, daß die Länder bald wieder in die Lage versetzt werden müssen, ihren Anteil an den gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Steuern in gewissen Grenzen selbst zu bemessen. Gewiß löste die damit verbundene Wiedereinführung der Einkommens- und Körperschaftsteuer die Einkommens- und Körperschaftsteuer in dem Maße, wie die Wirtschaft wieder gedeihlich arbeiten kann, die Einkommens- und Körperschaftsteuer wieder herzustellen und sie dadurch zur Sparmaßnahme zu ergeben.

Genau wie die Steuererlösevermehrung hat auch der Entwurf über

Die Ablösung der öffentlichen Anleihen
die Öffentlichkeit bereits lebhaft beschäftigt. Es ist in diesem Entwurf versucht, die Frage der Ablösung der öffentlichen Anleihen

einheitlich, endgültig und im sozialen Geiste zu regeln. Aber auch diese Regelung hat unter der Wichtigkeit gelanden, die Ausgaben für die Ablösung in den nächsten Jahren zu halten, die im Finanzgezet des Reiches steht. Der Inhalt dieser Lage hat zur Unterscheidung zwischen Alt- und Neuleihern geführt. In der Öffentlichkeit ist diese Frage stark umritten. Die Unterscheidung ist in rechtlicher Hinsicht schwierig und mit Kosten verbunden, aber nach sorgfältigen Feststellungen kann ich nicht abgeben, daß sie unmöglich sein sollte. Bei Anwendung geeigneter Durchführungsmaßnahmen und dem guten Willen der Bankwelt wird die Ausführung in der Praxis vielleicht leichter sein, als dies in der Theorie vielfach angenommen worden ist.

Die Reichsregierung glaubt, an dem Gedanken festhalten zu müssen, daß den wirtlich Geschädigten etwas zuteil werden soll, nicht aber denen, die in der Zwischenzeit unter Kaufmann geringere Mittel große Anleihebeträge in ihren Besitz gebracht haben. Damit soll kein abfälliges Urteil über die gesprochen werden, die in der Zeit der Geldentwertung Anleihen an sich gezogen haben. Auch sie hoffen auf Befreiung der Wahrung und tragen zur Erigung der Mark bei. Aus diesem Grund soll ihnen auch der gleiche Kapitalertrag in der Zukunft zufließen, wie den Anleihebesitzern. Schon der im Entwurf vorgesehene Umrechnungsatz von 5 Prozent bringt eine

Kapitalbefreiung von 3 1/2 Milliarden.
Ich dürfte nicht etwa dadurch zu einem höheren Angebot verleiten lassen, daß ein großer Teil der Umrechnungsatz, etwa 70 Prozent, aus Neubeißen hervorgegangen und daher zunächst nicht zu verzinsen und zu tilgen ist. Wenn erst einmal die Reparationsverpflichtungen erledigt sind, wird auch für diesen Teil der Anleihebefreiung die Zeit der Verzinsung und Tilgung kommen. Der Anleihebesitz umfaßt schätzungsweise etwa 20 Milliarden Rentenbetrag.

Die für die Anleihebesitzer aufzubringende Summe beträgt jährlich 50 Millionen Mark. Der gleiche Betrag ist für die Ablösung vorgesehen. Hiernach würde die Tilgung in rund 40 Jahren durchgeführt sein.

Im Gegensatz zum Reichsrat glaubt die Reichsregierung, an der Fälligkeit auslösung festhalten zu sollen, da sie sich hieron eine wesentliche Begünstigung des

Börseunterstützes der Anleihebesitzer zum Vorteil der Anleihebesitzer verpflichtet. Die gesamte Ausgabe für die Anleihebesitzer und die Auslösung ist auf 100 Millionen Mark begrenzt. Auf den Anleihebesitzer entfällt recht wenig. Die Reichsregierung hat daher gebauert, ein Mehr in Form einer rein sozialen Maßnahme, nämlich der

besonderen Behandlung der bedürftigen Kriegsanleihebesitzer
tun zu müssen. Diese sollen eine Vorzugsrente erhalten, die jährlich das achtfache des Jahresbetrags der Anleihebesitzer, also 40 Prozent der Ablösungssumme oder 3 Prozent des Rentenbetrags der Markanleihe, höchstens jedoch 600 Mark jährlich beträgt. Im Gegensatz zum Reichsrat glaubt die Reichsregierung, diese Sonderbehandlung der bedürftigen Kriegsanleihebesitzer beschränken zu sollen. Die Vorzugsrente bedeutet mitbin eine weitere jährliche Belastung des Reiches mit 40 Millionen Mark.

Nach dem Gesetzentwurf soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, alsbald 150 Millionen Mark im Rahmen der Anleiheaufwertung zu veräußern. Hierbei ist in erster Linie eine Verabfindung sehr bedürftiger Kriegsanleihebesitzer vorgesehen, die nur über einen unter 1000 Mark liegenden Anleihebetrag verfügen, ferner an eine alsbaldige Ablösung der Anteile der Sparbanken und öffentlichen Sparkassen zu übertragen, von dem Ausnahmestandpunkt des Anleihebesitzes muß die Aufwertung einheitlich sein.

Die Ablösung der Markanleihen durch die Länder und Gemeinden wird grundsätzlich in derselben Weise geordnet.

Die Grundzüge der Einheitlichkeit, Endgültigkeit und eine soziale Lösung haben den Entwurf bestimmt. Die Reichsregierung ist mit ihren Vorschlägen an die äußere Grenze dessen gegangen, was für die öffentlichen Finanzen und die wirtschaftliche Entwicklung vorteilhaft ist. Der Reichsfinanzminister wird des Näheren auf die Vorlage über die

Aufwertung der privatrechtlichen Forderungen
eingehen. Groß ist die Verantwortung, die auf dem hohen Hause bei der Lösung dieser Gezegebungsaufgabe ruht. Ich bitte Sie dringend, geben Sie durch Verabfindung der überaus sorgsam abgewogenen Gezebtwürde dem Reich, den Ländern und den Gemeinden das, was sie bei der wertvollsten Wirtschaftsförderung zu erlangen vermögen, von dem Ausnahmestandpunkt des Anleihebesitzes muß die Aufwertung einheitlich sein.

Endgültige Regelung der Aufwertungsfrage
eine wirtschaftliche Hilfe zuteil werden, die jedoch keinesfalls über den Rahmen hinausgehen darf, welchen unsere arm gewordene Volksgemeinschaft ohne Gefährdung ihres Bestandes zu ertragen vermag.

Reichsfinanzminister Dr. Treuen
erörtert dann die Rechtsgrundzüge, die für den Regierungsentwurf in Betracht kommen, und bestimmt waren. Der Minister führt u. a. aus: Die Aufwertungsfrage ist auch vorwiegend eine soziale Frage. Sie würde zu einer Schicksalsfrage des Deutschen Reiches werden, wenn bei ihrer Lösung nicht alle die erwähnten Gesichtspunkte berücksichtigt würden. Darum mußte die Reichsregierung die in der vorliegenden Lösung abweisen, darum mußte sie sich bei ihrer Entscheidung an die reinen rechtlichen Grundlagen des Reiches halten. Der Minister geht dann zu dem Reichsrat bei der Hypothekenaufwertung vorgelagerten Verhandlungen ein und verteidigt ihnen gegenüber die ursprüngliche Regierungsvorlage.

Eine Aufwertung der Industrieobligationen und der Bankguthaben erweise der Reichsregierung finanziell nicht tragbar.

Der Minister schließt mit dem Wunsch, daß jetzt eine endgültige Lösung des Aufwertungsproblems erreicht werden möge, zur Vererbung der Wirtschaft und zum Segen für das Reich.

Die Beratung der Vorlagen wird dann am Montag verlegt, um den Abgeordneten die Möglichkeit zum Studium der Ministerrede zu geben.

Hindenburgs Annahmearbeit v. Hindenburg
Berlin, 30. April. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat in einem heute beim Reichswahlleiter eingegangenen Schreiben vom 29. April erklärt, daß er bereit sei, die Wahl anzunehmen.

Minister Schiele bei Hindenburg.

Das Programm für die Amtseinführung.
Dannover, 1. Mai. Reichsminister des Innern Dr. Schiele, der am Nachmittag in Begleitung des Herrn v. Klenow in Hannover angekommen ist, wurde von dem Reichspräsidenten v. Hindenburg empfangen und zur Abendstunde eingeladen. Gegen 10 Uhr kehrte der Minister in das Hotel zurück und wird heute nach Berlin weiterreisen.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der „T.-L.“ betonte Reichsminister Dr. Schiele, daß er auf Einladung des Feldmarschall v. Hindenburg als Leiter des Hofstabs, der die Vorbereitung für die Amtseinführung des neuen Reichspräsidenten obliegt, nach Hannover gekommen sei. Die Befragungen gäben alle lediglich technischen Fragen. Politische Informationen waren vom Feldmarschall nicht vorgelesen und vom Minister auch nicht geplant. Der Reichspräsident v. Hindenburg betonte bei der Besprechung wiederholt, daß für seine Person keine besondere Ehrung veranstaltet werden möchte. Er wünsche nach jeder Richtung hin ein möglichst einfaches Programm. Natürlich sei der militärische Empfang mit Würdigung auf die Stellung des Reichspräsidenten als Oberbefehlshaber der Reichswehr von Haus aus geboten. Hierbei hat der Feldmarschall den Wunsch geäußert, daß die Ehrenkompanie vor dem Reichspräsidenten der Traditionskompanie des 3. Garderegiments gestellt werde, in dem er als junger Offizier die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitgemacht hat.

Das Programm sieht folgende Punkte vor:
Nach dem Reichspräsidenten wird ein Empfang im Reichspräsidentenpalais abgehalten, dabei den teilnehmenden Reichspräsidenten Dr. Simons hat, an dem sich ein Empfang der Reichspräsidenten, Oberbürgermeister und Magistrat von Berlin, Polizeipräsident von Berlin und der Kommandeur der Schutzpolizei. Am folgenden Tage findet die Vorstellung der Staatssekretäre der Reichsregierung statt. Einige Tage darauf wird dann das diplomatische Stöps von Reichspräsidenten empfangen werden.

Den Gegnern Hindenburgs zur Beachtung.

Eine Unterredung mit Reichsminister Dr. Schiele.

Dannover, 1. Mai. In einer Unterredung mit dem Vertreter der „T.-L.“ erklärte Reichsminister Dr. Schiele, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg bei den Befragungen in Hannover immer wieder

Das Moment der Heberparitätlichkeit
betont habe, mit dem er sein Amt als Reichspräsident antritt und führen werde. Die von gewisser Seite in letzter Zeit ausgesprochenen und launenhaften Gegensätze und Behauptungen der beiden großen Parteien des bisherigen Reichstags ferngehalten. Dr. Schiele als tendenziöse Behauptungen, die jeder realen Grundlage entbehren.

Die Parteien, die die Kandidatur Hindenburgs gefordert und gefördert hätten, zeigten eine sichere, seit einiger Zeit denz, die sich auch in der innerpolitischen Entwicklung der allerersten Zeit abzeichnen werde.

Kein Wechsel im Büro des Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Mai. In der gestrigen Befragung des Staatssekretärs Dr. Meißner mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg ist die Frage des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten endgültig geklärt worden. Der Reichspräsident hat dem Staatssekretär Dr. Meißner gebeten, sein Amt zu übernehmen. Infolgedessen wird weder auf diesem Posten noch in den sonstigen Ämtern im Büro des Reichspräsidenten eine Aenderung eintreten.

Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Berlin, 1. Mai. Die die „Tägliche Rundschau“ meldet, haben seit zwei Tagen geheime Verhandlungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten stattgefunden, um eine Unterredung oder Bildung des Kabinetts Braun durch die Kommunisten herbeizuführen.

Mitbräutensantrag der Deutschnationalen.

Im preussischen Landtag ist der folgende Antrag Winkler (Dnat.) eingegangen:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium bezieht das nach Art. 57 Abs. 1 der Verfassung zu seiner Amtsführung nötige Vertrauen nicht.“

Die Aufnahme der Kanzlerrede in Paris.

Paris, 1. Mai. Die Abendblätter beschäftigen sich ausführlich mit der gestrigen Kanzlerrede. Man geht allgemein über den Inhalt aus, daß die Rede die Auffassung des neuen Reichspräsidenten wiedergibt. Der „Temps“ gibt zu, daß die Rede

ein Zeichen guten Willens sei, weiter aber auch nichts. Es sei höchst bedauerlich, daß der Kanzler es unterlassen habe, näher auf den Garantievertrag einzugehen. Die einzige klare Stelle beziehe sich auf die Nennung Böns. Das Blatt widerspricht der Auffassung des Kanzlers, daß die Fortsetzung der Diskussion in der nächsten Sitzung über ein Verbot der „Journal des Debats“ fñhmt der Fortsetzung nach Veröffentlichung des Kontrollberichts vorbehaltlos zu. Die gestrige Bertragung der Vorkonferenz beweise die Fragwürdigkeit, die die Verbindungen in den letzten Jahren in allen Dingen an den Tag legen. Seit dem vergangenen Jahre spreche man von einer Reichspräsidentenwahl. Aber an Stelle einer offiziellen Verhandlung sind die Gründe für die Verlängerung der Diskussion Böns darzulegen. Das deutsche Volk hätte Grund zu der Annahme, daß die

Einwandshebung der Nämung ein Akt der Gewalt
ist. Wir wünschen aufrichtig, so schreibt das Blatt, daß mit einer zweideutigen Politik endlich ein Ende gemacht wird. Was den Sicherheitspass angeht, so lassen die Angaben Äußerer zu wünschen übrig. Den Weg, den Deutschland zu beschreiten hat, ist in dem Eintritt in den Völkerverbund beschnitten.

Amerika für eine Internationale Konferenz

Berlin, 1. Mai. Wie der „Tag“ aus Washington meldet, glaubt man in politischer Kreisen allgemein, daß die Rede des Reichskanzlers Dr. Luther wahrscheinlich internationale Besprechungen zur Folge haben werde, die eine Aussprache über die neue Politik Deutschlands herbeiführen sollen.

Aus Stadt und Umgebung

Der verunglückte Möbeltransport.

Steht da am Donnerstag in aller Herrgottsfrñhe ein Rollwagen vor einem Hause in der Friedriehstraße. Ein Umzug soll stattfinden. Möbelträger gehen ein und aus. Alles geht in schneller Ordnung. Die beiden Pferde langweilen sich zum wenigsten, doch was tut das zur Sache. Schon ist der Wagen auf dem Bahndamm und wartet auf die fleißige Hausfrau! Und, o weh, zerbrochen das meiste. Die ganze StraÙe mit Müllgegenständen und der Schlafzimmereinrichtung belästigt. Weiter geht die Fahrt, bis es endlich dem Pader, der voll Entsetzen auf dem hinteren Teile des Wagens gefahren hatte, mit großer Mühe gelingt, über den Müllhaufen zu fahren. Der Fahrer dankt für die Hilfe, zieht an. Der Wagen gehört das edle Hofpferd. Summervoll blüht der Möbelträger auf die Trümmer seiner Habe und wartet auf die Entschädigung der Haftpflichtversicherung. Ob die Pferde ahnen, welch teures Vergnügen sie sich geleistet haben?

Gesellschaft für Erwachte. Am 25. und 26. Mai hält in Halle die Gefangenschaft für die Frau. Schaffen des Landes. Die Gefangenschaft in Stadthaus, an Geladen sind Wohlfahrtspfleger aller Art, Richter, Staatsanwälte usw. Das Thema der Hauptversammlung ist „Der Sinn der StraÙe“. Auf der Tagung sollen die bisher gemachten Arbeitserfahrungen ausgetauscht werden. Unternehmungen: Gefangenschaft, Halle a. S., Karstrafe 16.

Empfehle mein allgerühmtes Lager in

Schuhwaren

Nur gute Qualitäten!

Damen-Halbschuhe
Pumps, Schnür- und
Spangeln
vom einfachsten bis zum
eleganten in Lack, Wildleder
braun und schwarz
Täglich neue Eingänge.

**Kinderschuhe und
Halbschuh**
in Lack, schwarz u. braun
**Sandalen, Turn-
schuhe, Hausschuhe**
in all. Größen u. Sorten

**Herren-Stiefel und
Halbschuhe**
schwarz, braun, Lack
solide Verarbeitung
Nur erstklassige Fabrikate

Richard Schmidt jun., Schuhmachermstr., Gettenbergstr. 11
Besichtigung ohne Kaufzwang. Telefon 141

Kollektive Zeitung Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

**Bestes
Insertionsorgan**
des mitteldeutschen
Industriegebietes



Landwehr-Verein

Am 30. April verstarb
unser Kamerad

Hermann Pfehle.

Die Beerdigung findet Sonntag, Nach-
mittag 4 Uhr vom Trauerhause, Weiße
Mauer 38 aus statt.

Antreten der Kameraden 1/4 4 Uhr am
Ratskeller. Der Vorstand.

Sonntag, d. 2. Mai 1925 abds. 8 Uhr

in der
Turnhalle der Siedlungsschule:

2. Lichtbild = Abend

des
Evangelischen Vereins Neu-Köthen.

Den begleitenden Vortrag hält
Herr Prof. Dr. Joh. Niem (Berl. Sternwarte):

„Das moderne astronomische Weltbild und die christliche Weltanschauung.“

Eintrittskarten zu 0,50 Mk. am
Sonderingang; im Vorverkauf bei Herr
Jentsch, Bagering.

Sonntag, den 3. Mai, abends 8 Uhr
im Schloßgarten salon

Vortrag mit Lichtbildern

des Astronom Prof. Dr. Joh. Niem-
Berlin.

„Der Mond, sein Aeußeres und seine Wirkung auf die Erde“.

Eintritt 1 Mk. Jugendliche 50 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Fouch.
Der Neulandpreis.

Kernseifen mit hohem Fettgehalt
Schmierseifen garantiert rein,
Seifenfloeken m. Mandelgeruch,
Seifenpulver,
sämtliche Waschartikel

Feinseifen,
Haarwäcker, Mundwäcker, Zahnpasten, Hautcreme
Parfümerien usw.
Franz Wirth, Seifenfabrik
Rohmarkt 1.

In unser Handelsre-
gister Nr. 431 ist
heute bei der Firma Bank-
geschäft Alfred Embrich in
Merseburg eingetragen: Die
Firma ist erloschen.
Merseburg, d. 28. April 25.
Besüchliches Amtsgericht.

Versuchen Sie
Querturter
Molkerei-Butter
Karls Rauch
Markt 16 Tel. 305.

Einfache
Damen- und
Kindergarderoben
fertig an
Franz Tieg,
Neumarkt 29.

Jetzt sucht sofort
frdl. möbl.
Zimmer
in gutem Hause.
Offerten unter 675/25 an
die Exped. d. Bl. erbet.

Wo kann man grünlich
Weißnähen
erlernen?
Offert. u. Nr. 676/25 an
die Exped. d. Blattes.

Gr. Kinderwagen
sehr gut erhalten,
zu verkaufen.
Krautstraße 23.

Gummimäntel Regenmäntel

aus imprägnierten Stoffen.

Loden- und Wettermäntel

Windjacken

für Herren, Damen und Kinder
in sehr grosser Auswahl
zu billigsten Tages-
preisen.

Otto Dobkowitz

Merseburg. Entenplan 8.

Ich biete Ihnen

**Billige Preise!
Gute Qualitäten!
Riesige Auswahl!**

Überzeugen Sie sich selbst!

Telefon 549 **OTTO WIRTH** Burgstr. 9.

**Damen - Konfektion
Kleiderstoffe
sowie Damen - Wäsche** **Gardinen
und sämtliche
Aussteuer - Bedarfsartikel**

Gestrickte

Damen-Jacken

in Wolle und Kunstseide

Jumper - Blusenschoner

Berchtesgadener - Jäckchen

empfiehlt in reicher Auswahl und
vielen modernen Farben preiswert

H. Schnee Nachfl.

A. & F. Ebermann
Halle a. S. Gr. Steinstr. 34

Zöpfe 6 Mk. an
empfiehlt und versendet (auch auf
Teilsendung)
Alfred Kluge,
Damen- und Herren-Frisier,
Bahnhofstraße 8. Telefon 2

Moor-
bäder echt Schmiedeberger aus
Mooreerde bereitet ausgezeichnete
Heilkraft bei Weisfluß u. and. Frauen-
krankheiten, Rheumatismus, Gicht, Schind.

Johannisbad Alerseburg
Gegründet 1904. Fernruf 576.
Johannisstraße 10. 1 Minute vom Markt.

Versteigerung!

Dienstag am 5. Mai 1925 Punkt 12 1/2 Uhr
nachmittags, gelangen verdingungsgemäß im allen
Verwaltungsraume des Zweckverbandes Bau 61/
Zimmer 12, 48 Posten, in polizeiliche Verwahrung
gegebene Fundgegenstände, wo der Eigentümer nach
Jahresfrist nicht ermittelt werden konnte, zur Ver-
steigerung.
Darunter: Augen- und Ferngläser, Mägen,
Kleingewandstücke, Gläser, Peitschen, Handwerks-
zeuge, Ketten und Ringe, Weisfäden, Damen-
und Herrengelebensmittel, Zigaretten, Metallstücke
und 3 Uhren.
Leuna-Werke, am 30. 4. 1925.
Der Amtsvorsteher
für den Bezirk Spergau.
Cornely.

Morgen, Sonnabend, nachm. 6 Uhr,
im „Raffeehaus“ zu Neudach
Verpachtung bezw. Grasnutzungsver-
kauf von ca. 40 Morgen Weiden. Siehe
ausführl. Inzerat v. 29. cr.
W. Franke, Beed. Auktion., Merseburg, Eintragsstr. 11 Tel. 635.

Zwangs-Versteigerung.

Sonntag, d. 2. Mai mittags 12 Uhr
versteigere ich im Gasthof „Zur Rankenburg“
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung: 6 Ruten
mit Geiß, Koywäcker, Scherenscherer etc., 4 Ruten mit
Serradin Wäsch, 7 Ruten mit Schokolade, 1 Schreibmaschine,
1 Schreibstuhl, 1 Formularschrank, 2 Regale und
1 Kleiderständer.
Reiffischlag
Ober-Berichts-Vollzieher.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 3. Mai 1925. (Festtage)
Gesammelt wird eine Kollekte für den Deut-
schevangelischen Frauenbund.

Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr. Pastor Wulff.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Donnerstag, abds. 1/4 7 Uhr: Bibelstunde
in der Herberge zur Heimat. — P. Wulff
Jungfrauen-Verein d. Vaterl. Frauen-Verein
(Seiffnerstraße 1).

Sonntag, abends 1/8 8 Uhr: Versammlung,
Christl. Verein Junger Männer (Seiffnerstr.)
Sonntag u. Dienstag, abds. 8 Uhr: Versammlung

Christliche Gemeinshaft (i. d. L.)
Herberge zur Heimat, Eingang Brauhausstraße
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Versammlung
Biblische Bibliothek: Geöffnet wie bisher.

Vorm. 10 Uhr. P. Angermann.
Sonntag, 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst, P. Wulff
Donnerstag abds. 8 Uhr Bibelstunde, Freitags,
Pastor Angermann.

Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag abds. 8 Uhr Besinnabend a. d. Weisf.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde an
Geißel 5 — fällt aus.

Evng. Wäckerbund St. Marien.
Montag abends 8 Uhr: Turnen an der Weisf.
Dienstag abds. 8 Uhr: Chorgesang a. d. Weisf.
Lehrer Buch. fällt aus.

Mittwoch abds. 8 Uhr: Versammlung an
Geißel 5, Pastor Wulff, fällt aus.
Ev. Frauenhilfe St. Margari.

Donnerstag nachm. 4 Uhr, Freitags 18.
Athenberg. Vorm. 10 Uhr. Pastor Wulff
Zur Nacht. Besuche und heil. Abendmahl.
Vorm. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Neudach. Vorm. 9 Uhr. Past. Bruchmann
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Konfirmanden-Gottes-
dienst P. Wulff.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Montag, abds. 8 Uhr: Konfirmanden-Sühne
im Pfarrhaus.
Dienstag nachm. 4 Uhr: Monatsversammlung
Frauenhilfe im Pfarrhaus.

Donnerstag, abds. 8 Uhr: Konfirmanden-Sühne
im Pfarrhaus.
Neudach. Sonntag vorm. 10 Uhr P. Schumann
11 Uhr Kindergottesdienst.

Montag abds. 1/8 8 Uhr: Kirchchor i. d. Siedlung
Schule.
Mittwoch nachm. bei schönem Wetter Ausflug
Kindergottesdienstes nach Schopfau. Treffpunkt
2 1/2 Uhr.

Mittwoch abds. 8 Uhr: Abendandacht.
Christliche Versammlung Wäckerstraße 1
Sonntag abds. 8 Uhr im Gasthof „Zur gr. Weisf.“
an Gottfardistor Evangelisationsvortrag von
Herrn Fr. Koch: „Lebensversicherung ob. Ver-
wandlung?“

Donnerstag abds. 8 Uhr: Bibelstunde

Von ältester, angelegener, süddeutscher Lebens-
versicherungs-Gesellschaft wird streblender
Herr **Vertreter** gesucht. Tatkraftige
als Geschäftsführer. Innerführung durch
Lebensbeamten gewährleistet, regelmäßigen und
erheblichen Nebenverdienst.

Angebote von gut empfohlenen Herren er-
beten unter Z. 469 an die An-Exped. Zeit-
ungswinkel, Weisfeld.

Brauns letzter Ausweg.

Konfessionelle hebe eines Zentrumsabgeordneten.

Die politische Aussprache im Landtag nahm gestern ihren Fortgang. Ein feiner Kritikpunkt ist ja eigentlich nicht vorhanden, denn eine Regierungserklärung hat der „neue“ Ministerpräsident Braun nicht abgegeben. Es ist also eine allgemein-politische Debatte über Dinge, die mindestens schon ein halb Dutzend mal im Landtag ausführlich erörtert worden sind. Gestern ergriff als erster Herr Braun das Wort. Es hatte zunächst den Eindruck, als wolle er den schärfsten Eindruck, den seine Regierungserklärung allenthalben gemacht hat, etwas verwischen. Er vermehrte sich gegen angeblich falsche Auffassungen und Entstellungen seiner Rede und war pöblich — beim guten Ton im Parlament. Ausgerechnet Herr Braun, zwei Tage nach seinen unerhörten Ausfällen gegen die nationale Opposition! Hat denn Herr Ministerpräsident einen Augenblick klare Erinnerung an das alte preußische Abgeordnetenhäus dem heutigen Landtag als Muster ruhiger und würdiger Arbeit gegenüberstellen? — Aber Herr Braun blieb selbst nicht lange in den Gefilden des guten Tons. Er begab sich eilends wieder in die

Niederungen einer Parteipolitik schlimmster Art, und am Ministerpräsidentenstand ein Sozialdemokrat, und nichts als ein Sozialdemokrat. Glaubte Herr Braun, die Deutsche Volkspartei zur Mitarbeit heranzuziehen zu können, wenn er sie erneut in Töne seiner Regierungserklärung angriff? Er richtete zwar am Schluß seiner Ausführungen die Aufforderung an die Deutsche Volkspartei, zurückzutreten in die alte Parteipolitik und die Große Koalition wieder herzustellen — aber was konnte das anderen als eine Geste, denn abgesehen von allen anderen Erwägungen hat Herr Braun das Menschenmögliche getan, eine Verbreiterung der Basis des Kabinetts Braun-Severing zu verhindern. Abschließend erklärte Braun: Entweder wird die Möglichkeit geschaffen, daß sich eine ausreichende Mehrheit für ein arbeitsfähiges Kabinett zu ungehinderter Arbeit findet, oder

es wird aufgelöst.

Mit den Veränden zur Bildung eines solchen arbeitsfähigen Kabinetts sehe über alle er. Aus den Worten Brauns klang wiederum deutlich hervor, daß die Sozialdemokraten sich trotz des vernünftigen Schlags vom 26. April Gewinne aus Remouwen verspricht, und daß sie deshalb zu ihrem Teil auf Remouwen hinberichtet. Dafür war die ganze Rede Brauns der beste Beweis. Der deutschnationale Vgl. Meyer-Hermold hielt dem Ministerpräsidenten entgegen, daß sein letztes Auftreten nicht dazu beigetragen habe, das Vertrauen zu ihm zu fördern. Eine „Volkspartei“ mit den Sozialdemokraten sei ein Un Ding. Die Sozialdemokratie sei nicht imlande, aufstrebende Partei zu sein. Wenn der Ministerpräsident heute die Hoffnung auf eine tragfähige Mehrheit ausgesprochen habe, so ist er dabei

auf die Kommunisten zu rechnen.

Nicht an unermesslichen Widerstand, erklärte Vgl. Meyer, ist eine wahre Volkspartei gescheitert. Meine Partei führt den Kampf für das Christentum. Die sozialdemokratische Presse, namentlich auch die Gewerkschaftsblätter, geben in der gemeinsamen Weise gegen Religion und Christentum an. (Wiem und Lachen links.) In der Vergangenheit ist die Hoffnung der bringende Punkt gerade der, daß diejenigen bestraft werden müßten, die

Verarmt und Ankerlöse die Zeitabhängig gestalten

haben. Herr Heilmann hat gestern in demselben Atem, in dem er sich über die Beschimpfung des verstorbenen Dr. Höfle durch die deutschnationale Presse empörte, die Verleumdung wiederholt, daß der verstorbene Edel v. Braun eine Provision von 1,5 Millionen Mark eingekauft hätte. Wie lange das Zentrum geschlossen hinter dem Kabinett Braun stehen wird, ist doch sehr ungewiß, denn die Sozialdemokraten und linken christlichen Parteien und Sozialdemokraten sind unüberwindlich. Was in tatsächliche Streife stehen zu uns sind Mitglieder der deutschnationalen Volkspartei, sie sind deshalb nicht weniger treue Katholiken. Die Gesundheit des deutschen Volks- und Staatslebens ist nur denkbar auf dem Boden des Christen-

tums. Auch bei einer Neuwahl werden diese christlich-ethischen Momente ausschlaggebend sein. (Beifall rechts.) Der Zentrumsabg. Wildermann schien der Ansicht zu sein, daß aus Mangel an einer Regierungserklärung sich eine Debatte über die politischen Verhältnisse in Preußen erübrige. Er polemisierte lebhaft gegen die deutschnationale Volkspartei, weil sie angeblich den Kampf gegen Marx auf das konfessionelle Gebiet gezogen habe. Wenn alle Parteiführer nach dem Wildermännischen Vorbild Generalabredung über den Wahlkampf halten wollten, dann könnte es noch eine erfrischende Debatte geben! Eine ganz unerhörte Beschimpfung des Protestantismus leitete sich dann Vgl. Wildermann, als er

den Protestantismus als Irrlehre bezeichnet und ihn mit dem Sozialismus auf eine Stufe stellte. Der Protestantismus sei vielmehr eine schlimmere Irrlehre als der Sozialismus. Diese Ausführungen des Zentrumsabg. Wildermann sind eine höchst eigenartige Entwertung der Märzigen Friebe bei der Fieranz gegenüber dem christlichen Konfessionen, und sie traten das Gerüde der „Germania“ von der Volksgemeinschaft auf das schärfste Nigen.

Dr. v. Richter (Dsch. Volksp.) erklärte, er fühle sich als evangelischer Christ durch die Ausführungen des Vgl. Wildermann auf das tiefste verletzt. Die Tatsache, daß Vgl. Wildermann fastbühiger Friebe sei, gebe keinen Anlaß gegen den Protestantismus eine ganz besondere verlegende Schärfe. Wenn ein erfahrener Politiker wie Vgl. Wildermann heute, nachdem die Wogen der Leidenschaft im Wahlkampf bereits seien, derart den konfessionellen Friebe löre, so sei das schlechtdingens unentschulbar. Dr. v. Richter rechnete dann rückwärts mit dem Ministerpräsidenten Braun ab, der demnächst vergeblich Friebe sein zu werden. Der Zentrumsabg. Dr. v. Richter befragte sich weiter mit der Personalspolitik Severings, die in den Zeiten der Großen Koalition

sehr häufig Widerspruch

bei den völksparteilichen Ministern fand. Schließlich betonte Dr. v. Richter, daß seine Partei auf dem Standpunkt stehe, es dürften grundsätzlich keine Sozialdemokraten nach deutschnationalen von der Beteiligung an der Regierung ausgeschlossen werden. Es sei nach Möglichkeit verhindert werden, die Basis des Kabinetts zu verbreitern im Sinne einer wahren Volksgemeinschaft.

Dann erklärte Minister Severing: Wenn man eine Verständigung wolle, sei sie leichter möglich auf der Grundlage der Ausführungen des Herrn v. Richter als der des Herrn v. Gampe. Es gäbe keinen Minister, keinen Staatsmann und keinen Abgeordneten, der das Kamuffisch fertig bräute, mit allen Parteien fertig zu werden. Im Wahlkampf werde hüten und drüben geschäftig, auch er habe dauernd Angriffe erfahren, die das Gute gehabt hätten, daß er abgerührt wurde. (Schallende Heiterkeit.)

Am weiteren Verlauf verteidigte Minister Severing die Gründung des Reichsbanners und erklärte, dieses habe seine „geschichtliche“ Aufgabe erfüllt. Die beste Lösung ist, wenn alle diese Kampfbewegungen von der Volksfläche verschwinden.

Vgl. Dr. Preuß (Dem.): Ich habe trotz des gütigen Charakters der jetzigen Debatte doch die frühlingmäßige Empfindung, daß diese politische Aussprache doch wohl

die letzte in diesem Landtage

ist. Der Appell an die Wähler erscheint unumgänglich, denn dieser Landtag hat keine tragfähige Regierungsmehrheit, nachdem die Deutsche Volkspartei die Große Koalition abfichtlich und bewußt zertrübt hat.

Vgl. Grube (Komm.): Alle Parteien von der Rechten bis zu den Sozialdemokraten streiten sich in der Hauptsache ausschließlich um die Ministerfrage, wie das nun schon seit fünf Monaten der Fall ist. Vgl. Mohr (Volksp.) polemisierte unter anderem Widerspruch und Beschäftigung der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Sozialisierungsdebatte, die den Mittelstand und das Kleinergewerbe zerröre

und das Glied Deutschlands ins Ungemeinere steigern müsse. Vgl. Heilmann (Vgl. Pöbelberg (Znat.) bezeichnet den Vgl. Heilmann wegen der Angriffe gegen seine Person und Partei als Verleumder.

Vgl. Goll (Zent.) weist den Vorwurf der Wirtschaftspartei zurück, die Parteiparieren hätten sich der Verschleierung öffentlicher Gelder schuldig gemacht. Man solle sich doch an die Adresse des Herrn v. Richter wenden, der 3 1/2 Jahre preußischer Finanzminister gewesen sei. Vgl. Pöbelberg (Znat.) erklärt, der Vgl. Wildermann habe sich immer Entgegnung erwidern lassen und gemacht. Er habe Sozialismus und Protestantismus auf gleiche Stufe gestellt.

Vgl. Wildermann (Znt.) erklärt, nicht er, sondern die Redner der deutschnationalen und völkischen hätten den Streit vom Zaun gebrochen.

Damit ist die politische Aussprache beendet. Nach Annahme einer Reihe von Ausschüssen verlegt sich das Haus auf Freitag, den 8. Mai.

Tagesordnung: Abstimmung über die Anträge zur Vertrauensfrage. Anträge. Schluß: 5.20 Uhr.

Ein Aufruf der deutschnationalen Volkspartei.

Hindenburg ist zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt worden. Damit ist ein großer Erfolg für die nationale Sache in Deutschland errungen. Dieser Erfolg ist vor allem dem einmütigen Zusammenwirken aller der Verbände und Organisationen zu danken, die sich unter dem Namen Hindenburg zu gemeinsamen Vorhaben verbunden hatten. So ist es gelungen, fast die Hälfte der deutschen Wählerkraft auf Hindenburg als den Mann ihres Vertrauens zu einigen. Damit ist der Beweis erbracht,

daß die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, die Achtung vor der Persönlichkeit des Verlangens nach Autorität, der Wille zur Einheit und nationale Selbstbehauptung im deutschen Volk wieder im höchsten Grade begriffen ist.

Zu diesem Ergebnis der Wahl hat aber beigetragen, daß angeht des großen Zieles und der überaugenden Verbundenheit des Feldmarschalls Schranken gefallen und gegenseitig überbrückt worden sind, die sonst hindern zwischen den Parteien getanden haben. Gegenseitig politische und wirtschaftliche, kulturelle und konfessionelle Art. Wir hoffen, daß dieser Ausgleich nun nun auch als dauernder Gewinn aus diesem Wahlgange erhalten bleibt, daß besonders auch jeder Verlust einer Friebebildung zwischen den Konfessionen als das Wohl des Vaterlandes gefährdet erkannt und unterlassen wird. Nur ein friedliches Zusammenleben beider Konfessionen bei voller Wahrung ihres Eigenlebens wird der gemeinsamen christlichen Weltanschauung gegenüber den Mächten des Unglaubens zum Siege verhelfen.

Innere Partei darf sich angeht der hingebenden Arbeit aller ihrer Mitglieder, Beamten und Organisationen, des Einsatzes aller Kräfte, einen wesentlichen Anteil an dem großen nationalen Erfolge zuschreiben. Ihnen allen gilt unser herzlichster Dank.

Wäge mit der Wahl Hindenburgs ein neuer, entscheidender und glückverheißender Schritt getan sein auf dem Wege der inneren und äußeren Erneuerung des deutschen Volkes!

Ueber die Lage der Landwirte

hat Graf Karst in Haushaltungsrat des Reichstages bei der Debatte über das Gesetz des Ministeriums gesprochen. Er hat dabei mit Recht den Nachdruck darauf gesetzt, er sei interessiert der dauernden Sicherstellung einer geordneten Ernährungsgewirtschaft der größte Nachdruck auf die Intensivierung der Agrarproduktion gelegt werden müßte. Diese Intensivierung ist aber nur möglich, wenn der Landwirtschaft die Voraussetzungen zu einem wirtschaftlichen Betrieb geboten werden. Zu diesen Voraussetzungen gehört im Augenblick die Vebegung der Agrarrenten, die vor Schaffung der Rentenbank-Arbeitskraft keine Bedeutung erfahren kann. Das wichtigste ist aber für den gelantenen inneren Markt ein fückenloser Zolltarif, dessen Fehlen bei den Handelsvertragsverhandlungen sich schmerzhaft fühlbar macht. Die deutsche Handelsbilanz kann erst dann auf die Dauer positiv gestaltet werden, wenn unter Ausgleich der Export- und Produktionsinteressen die Lebensmittelpreise bei gleichzeitiger Stärkung des inneren Marktes auf ein Mindestmaß beschränkt ist.

Art Wunderdoktor, wissen Sie. Alles mit Luft und Wasser. Die Leute rannten natürlich wie die Wilden in seine Sprechstunden und wir hatten das Nachsehen. Ich habe damals so viel freie Zeit gehabt, wie vorher und nachher nicht wieder. Na, etwas muß der Mensch den lieben, langen Tag über dach anfangen. Da verließ ich denn darauf, mich für die sichtbaren und unsichtbaren Lebewesen im Kleinen, Belovener See zu interessieren. Das war ja nun gerade das eigentliche Gebiet des Grafen Merweldt. Ich hörte davon, daß er mit dem Gedanken umginge, hier auf Eartarsau eine hydrobiologische Station einzurichten. Das interessierte mich natürlich, wie Sie sich wohl denken können. Und er war natürlich auch herzlich froh, einen Genesungsgenossen zu finden. Er war ja eigentlich ein bischen einfindelich veranlagt und hatte Eartarsau erworben, um endlich im Ruhe seinen wissenschaftlichen Forschungen leben zu können. Na, das verlebte er wohl also ganz idyllische Jahre.

Eloenpooel blickte mit unbeweglichem Gesicht über die Rasenfläche. Aus jener Zeit datiert wohl auch Ihre Bekanntschaft mit dem jüngeren Grafen Merweldt?

„Freilich. Der stand ja damals noch bei seinem Regiment in Potsdam und rufte herüber, so oft es sich irgend machen ließ. Ich glaube, er sah oftmals ein bißchen in der Klemme und Graf Eardt mußte ihn dann wieder frott machen. Er tat es auch mit rührender Geduld. Jugend muß ihr Leben genießen, pflegte er zu sagen. Na, freilich; er hatte ja sonst auch seinen Menschen.“

„Und später ging dann der junge Graf nach Amerika?“

„Ja, das war eigentlich eine häßliche Geschichte, Doktor! Die arme, junge Frau hat mir recht leid getan! Sie hat mit damals in der ersten Zeit nicht unter Tränen ihr Leid geklagt. Denn ich war ja in dieser Zeit so ungeheuer der einzige Mensch.“

Brachpooel verfluchte unter einem warnenden Blicke Eloenpooel.

Im Nebenzimmer erklangen Schritte leiste, ein wenig schleppende Schritte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Dame mit der Maske.

Kriminalroman

von Gertrud von Borsoeff.

Amerikanisches Copyright by Carl Dunder, Berlin 1923.

13. (Nachdr. verb.)

Eloenpooel trat in den Rahmen der geöffneten Tür. Er sah sich, daß das Bild nicht die Gräfin Merweldt darstellte. Es war das Bild einer fremden Frau. Das Bild einer Frau mit blaßblauen Augen und starken rötlichen Wangen, auf dem eine in die Höhe gehobene schwarze Maske ruhte. Die Augen der Frau blickten furchend in irgendeine Ferne. Um den Mund, dessen Lippen zu brennen schienen, lag ein Lächeln, in dem sich Sehnsucht und lauernde Grausamkeit mischte.

„Eine vorläufige Reproduktion“, sagte der Sanitätsrat, der plötzlich neben Eloenpooel stand.

Eloenpooel sah ihn erstaunt an.

„Eine Reproduktion?“

„Kennen Sie das Bild nicht? Es ist die „Dame mit der Maske“ von Kops. Der Graf ließ die Reproduktion vor etwa einem Jahr von einem Pariser Künstler anfertigen und fogar, wie ich glaube, stark vergrößern. Er liehe das Bild lebensgrößenhaft.“

„So — so —“

Eloenpooel war enttäuscht. Es erschien ihm höchst unwahrscheinlich, daß die Reproduktion eines Bildes von Kops an der Lösung des unbemerkten Rätsels von Eartarsau einen wesentlichen Anteil haben könnte.

„Haben Sie nicht, daß die Dame auf dem Bilde eine gewisse Ähnlichkeit mit der Gräfin Merweldt hat?“ fragte Brachpooel mit gedämpfter Stimme.

Eloenpooel war betroffen.

„Wie kommen Sie darauf? Nicht die geringste Ähnlichkeit, beher Herr Sanitätsrat! Die Gräfin repräsentiert einen vollkommen verschiedenen Frauentyp.“

Bemerkung doch nicht so ganz unecht gehabt. Er selbst hatte ja vorhin das Gesicht der Gräfin im Rahmen der geöffneten Tür zu sehen geglaubt.

„Sehen Sie nur den Mund!“ meinte der Sanitätsrat. Eloenpooel war überrascht. Es war wahrhaftig der Mund der Gräfin Merweldt.

„Ein merkwürdiges Zusammentreffen“, meinte er achselzuckend.

„Nicht so sehr merkwürdig, Herr Doktor! Derartige Fälle kommen öfter vor. Ich erinnere mich, vor Jahren ein 18jähriges Mädchen behandelt zu haben, das die Züge der Sixtinischen Madonna hatte. Keine Täuschung, das verhiere ich Ihnen.“

Graf Merweldt näherte sich den beiden Herren.

„Wertens meldete loeben, daß ein Auto aus der Belovener Richtung in die Umenallee eingebogen wäre. Ich vermute, daß wir die Herren von der Kommission in zwei Minuten bei uns begrüßen dürfen.“

4. Kapitel.

Brachpooel und Eloenpooel waren in der Halle zurückgeblieben und sahen die Herren von der Kommission sich auf dem bekannten Limwege dem Hause nähern. Eloenpooel warf einen Blick durch die Glasstir.

„Es ist der Kriminalkommissar Bud!“ sagte er erfreut. „Das wird wenigstens auf alle Fälle ein angenehmes Hand-in-Handarbeiten werden.“

„Da kann man Ihnen einmal also wieder Glück wünschen, Doktor Eloenpooel.“

„Ja, fürs erste!“

Eloenpooel war mit im Rücken gekreuzten Armen an der Tür stehengeblieben.

„Wie lange kannten Sie eigentlich den ermordeten Grafen Merweldt, Herr Sanitätsrat?“

„Oh, das ist eine kleine Ewigkeit her. Es muß gleich in demselben Jahre gewesen sein, als er Eartarsau kaufte. Ich war nämlich ein Jahr vorher nach Below übergedelt und vermochte in der ersten Zeit dort eigentlich gar keinen rechten Fuß zu fassen. Es war nämlich ein Kollege am Dre, der uns anderen gewaltigen Wdruch tat. So eine

